

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur“, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 6. September 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter ~~Stoffband~~ vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Verschärfte Offensive des Kapitals

Charakteristisch für die parlamentarischen Wahlen in der Vorkriegs- und Nachkriegszeit waren die demagogischen Wahlversprechen der herrschenden Klasse an die Arbeiterschaft. Sämtliche Parteien wetteiferten in sozialen Programmen. Selbst die konservative Partei hatte sich unter dem sozialen Kaisertum Wilhelm II. eine solche Staffage zugelegt. Während der Wahlen ruhte der Abbau der Sozialpolitik. Die herrschende Klasse wartete das Ergebnis der Wahlen ab, um dann durch die gewählten Repräsentanten des Volkes die parlamentarische Unterdrückungsmaschine walten zu lassen. Im aufsteigenden Kapitalismus konnte sich die Bourgeoisie diese äußerliche Ruhepause erlauben. Dies war selbst bei Wahlen der Fall, die in eine Krisenperiode fielen. Dazu kam, daß das Proletariat noch in vollem Umfange auf den parlamentarischen Kampf festgelegt war und von ihm eine Aenderung in seiner Klassenlage erwartete. Wenigstens traf dies in der Praxis von der sozialdemokratischen Partei zu, deren Ziel die Erreichung der parlamentarischen Mehrheit war. Die Bourgeoisie ihrerseits hatte auf Grund ihrer Beherrschung des Verwaltungsapparates vollkommenstes Vertrauen zum Parlament als bewährtes Herrschaftsinstrument. Der beste Beweis für dieses Vertrauen der herrschenden Klasse zum Parlamentarismus ist die Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie sofort nach der sogenannten Novemberrevolution die Forderung der Wahlen zur Nationalversammlung in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie aufstellte und damit auch ihr gewünschtes Ziel erreichte.

Die weitere kapitalistische Entwicklung nach dem Kriege hat zu einer Dauerkrise des kapitalistischen Systems geführt, in deren Höhepunkt wir uns jetzt befinden. Das Kapital hat immer wieder versucht, durch sich überstürzende Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen den Zusammenbruch zu verzögern. Dies führte zwangsweise zu einer Verschärfung der Klassegegensätze, durch die es dem Kapital immer schwieriger wurde, parlamentarisch zu regieren. Selbst die Zutreiberdienste der sozialdemokratischen Partei zum Parlamentarismus konnten nicht die Sprengung verhindern, die durch den rasenden Zusammenprall der Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft ausgelöst wurde. Der steigende Druck des Kapitals und das verstärkte Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft weichten den arbeitgemeinschaftlichen Leim auf. Dazu kam noch, daß der offene Ausbruch der Weltwirtschaftskrise das Kapital zum Zweck der Erhaltung seines Profites zwang, alle arbeitgemeinschaftlichen Zugeständnisse zu liquidieren und sich auf einen ganz krassen, konzessionslosen, lediglich von seinem Profit diktierten Standpunkt zu stellen. Dazu war es auch infolge seiner politischen Erstarkung in der Lage, die es ihm ermöglichte, die Unterstützung bzw. das Zusammenarbeiten mit den sozialdemokratischen Parteien innen- und außenpolitisch aufzulösen. Die ungeheure industrielle Reservearmee hatte die Gewerkschaften vollkommen entbehrlich gemacht. Die Bourgeoisie brauchte auch nicht mit ihnen die Macht zu teilen, um die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuhalten, weil die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Bürgerpflicht aus Selbsterhaltungsinteresse besorgten. Außerdem hat sich die Bourgeoisie in der faschistischen Bewegung ein weiteres Machtinstrument zur Niederhaltung der revolutionären und der reformistischen Arbeiterschaft geschaffen. Sie kann also ohne irgendwelche Gegenwehr rücksichtslos ihre Ziele verfolgen, wenn es ihr gelingt, die revolutionäre Arbeiterschaft auch tatsächlich niederzuhalten. Bisher hat sie dies mit Erfolg durchgeführt, weil sie es verstanden hat, die Gefahr des Faschismus und der faschistischen Diktatur für die Arbeiterschaft in den Vordergrund zu rücken. Dadurch hat sie die noch auf dem Boden des Parlamentarismus stehenden, mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften verbundenen Arbeitermassen auf den Kampf für das Parlament und die Demokratie festgelegt. Der Schlachtruf der Gefahr für Demokratie und Parlamentarismus hat die Situation für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gerettet. Er lenkt von der Frage des Bankrotts des sozialdemokratischen Parlamentarismus in den 21 Monaten der Hermann-Müller-Regierung mit Erfolg ab und gibt diesen Organisationen die Möglichkeit, der Arbeiterschaft einzureden, daß ein Sieg im Wahlkampf die Rückeroberung der verlorenen Positionen bringen könnte. Es wird dadurch erreicht, daß die Arbeiterschaft wiederum auf politische Parolen festgelegt wird und so der außerordentlich scharfe Klassenkampfcharakter der augenblicklichen Situation verhüllt wird. Dies geschieht, trotzdem das Kapital ganz offen ein brutales Kampfprogramm gegen die Arbeiterschaft

Seid aktive Nichtwähler!

Nun soll das „Volk“ abermals sein „Schicksal entscheiden“. „Alle Macht geht vom Volke aus“, heißt es bekanntlich in der Weimarer Verfassung. Doch nach all den Erfahrungen der letzten Zeit dürfte einer großen Zahl der Wähler die Lust vergangen sein an dem Wahlgetriebe teilzunehmen, sie werden wahrscheinlich zu Hause bleiben.

Eine solche Abkehr der Wählermassen vom Gaukelspiel des Parlamentarismus wäre an und für sich als ein Zeichen politischer Gesundung zu begrüßen, wenn eine neue geistige Einstellung der Massen auf eine Entwicklung ihrer sozialistischen und revolutionären Initiative damit verbunden wäre. Leider aber ist das noch nicht der Fall. Bei der großen Mehrheit ist die Wahlmüdigkeit lediglich ein Zeichen von Hoffnungslosigkeit. Man hat es eben mit allen Parteien versucht, und alle haben versagt. Welchen Zweck hat es also, weiter zu hoffen?

Mit einer solchen Einstellung ist uns, die wir Gegner des parlamentarischen Schwindels sind, nicht gedient. Im Gegenteil, wir sind sogar der Meinung, daß ein Mensch, der nicht wählt, ohne einen gewissen Zweck dabei zu verfolgen, so daß lediglich, weil er geistig zu abgestumpft und träge ist, seine Stimme abzugeben, in seiner geistigen Einstellung noch tief unter dem Wähler steht. Der Wähler — und wir haben es hier nur mit dem proletarischen zu tun — mag sich in der Wahl seiner Mittel täuschen und den Hebel an der falschen Stelle ansetzen, aber er zeigt wenigstens ein gewisses Interesse für den Klassenkampf, welches dem ganz Indifferenten abgeht.

Die platonische Unterlassung des Wahlaktes hat keine Bedeutung, wenn sie nicht das Ergebnis einer bestimmten herangereiften Ueberzeugung ist. Der Gegner des Parlamentarismus kann sich nicht begnügen mit dem rein negativen Akt der Stimmenthaltung. Er muß zu gleicher Zeit bestrebt sein, neue schöpferische Kräfte in den Massen auszulösen, die seine Methode rechtfertigen und ihm eine positive Grundlage geben. Wenn wir den Parlamentarismus als Kampfmittel ablehnen und ihm für die Verwirklichung des Sozialismus keinerlei Bedeutung beimessen, so geschieht dies nicht, weil wir irgend einer Laune folgen, sondern auf Grund der Erfahrung, welche uns die parlamentarische Aktion der sogenannten Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern und insbesondere hier in Deutschland gegeben hat.

Für die bürgerlichen Parteien ist der Parlamentarismus ein bequemes Mittel, Differenzen zwischen den verschiedenen Schichten der besitzenden Klasse zu schlichten. Sämtliche bürgerlichen Parteien stehen auf einer gemeinsamen Grundlage, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. Alle erblicken in dem Eigentumsmonopol die unantastbare Grundlage jeder Wirtschaft und in dem staatlichen Mechanismus das Fundament jeder gesellschaftlichen Existenz. Aus diesem Grunde können sie miteinander parlamentieren. Welchen Wert aber hat der Parlamentarismus für die Arbeiter, die in ihren Befreiungsbestrebungen naturgemäß von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen müssen als das Bürgertum?

Für die Arbeiter sind dieselben Institutionen, welche für die bürgerlichen Parteien die Eckpfeiler der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung bedeuten, die Ursache ihrer fortgesetzten Versklavung. Für sie handelt es sich nicht lediglich um formelle Verschiedenheiten, sondern um grundlegende Aenderungen des gesellschaft-

lichen Organismus, wenn sie sich vom Joche der Lohnsklaverei befreien wollen. Ihr Ziel zeigt ihnen ganz von selbst andere Wege, die sie gehen müssen, um ihre wirtschaftliche und politische Befreiung zu erlangen. Der Parlamentarismus ist für sie nur ein Trugmittel, das viel verspricht und zu nichts nütze ist. Die Rechte der Arbeiterklasse können im Parlament nicht errungen werden. Diese sind abhängig von dem revolutionären Willen der Arbeiter, und deren Klassenbewußtsein. Aber auch von der Wirksamkeit ihrer Organisationsform, in der sich die Initiative in revolutionäre Aktion umsetzt.

Die parlamentarischen Organisationen und Parteien sind dazu untauglich. Die sozialdemokratischen Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen sind zu gewöhnlichen Vermittlungsorganen zwischen Kapital und Arbeit degradiert worden. Weiterhin muß festgestellt werden, daß sozialistische Parteien, die sich längere Zeit am parlamentarischen Leben beteiligen, ihre ursprünglichen sozialistischen Ideen Stück für Stück zum Opfer bringen müssen, bis sie sich allmählich gänzlich auf die gegebenen Bedingungen des bestehenden Systems umstellen. In England, wo sich diese Entwicklung am besten nachweisen läßt, sind die sogenannten Arbeiterparteien mit der Zeit so gut bürgerlich, daß ihnen der Sozialismus nur hier und da noch als Dekorationsstück dient, das niemand mehr täuscht.

Sehr deutlich ist aber als Beispiel auch die deutsche Sozialdemokratie, die sich in ihrer Wahlpropaganda lediglich als republikanische Partei bekennt und der Idee vom „freien Volksstaat“ das Wort redet, die Marx in seiner bekannten Kritik des alten Gothaer Programms so unbarmherzig zerzaust hat. Diese Utopie ist heute wieder lustig von den Toten auferstanden und bildet das Aushängeschild der ganzen sozialdemokratischen Politik. Und das ist ganz natürlich, denn der Sozialismus läßt sich nicht von oben herab dekretieren und durch Gesetze künstlich ins Leben rufen. Er muß den Tiefen der proletarischen Massen entspringen als Ergebnis ihres schöpferischen Könnens und Wirkens und sich seine eigene Organisation schaffen, das sind die Produktionsstätten, die Betriebe.

Hier sind die Kräfte, die allein imstande sind, eine neue Welt zu schaffen. Wie das Kind im Mutterleibe seine ersten Formen im alten Organismus entwickeln muß, um nachher als selbständiges Wesen ins Leben zu treten, so müssen die Arbeiter schon innerhalb der heutigen Gesellschaft ihre Organe entwickeln, die dazu berufen sind, als Keimzellen der neuen Gemeinschaft zu wirken. Diese Zellen sind nicht die parlamentarischen Parteien mit ihren veralteten Gewerkschaftsorganisationen.

Die Kommunistische Arbeiterpartei und die Allgemeine Arbeiter-Union sind die Organisationen, die den Proletariat immer und immer wieder darauf hinweisen, daß seine Befreiung nur sein eigenes Werk sein kann. Alle Versprechungen auf eine Hilfe vom Parlament sind nur Schatzanweisungen auf den Mond, die keinerlei Bedeutung haben.

Nicht darauf kommt es an, daß einer nicht wählt, sondern darauf, daß er auch bereit ist, in die Schranken zu treten und selbst sein Teil mit beiträgt für die große Sache der Befreiung des Proletariats von aller Lohnsklaverei.

aufstellt und ebenso offen seine rücksichtslose Durchführung, also gleichgültig, wie die Wahlen ausfallen, proklamiert. Es geht dabei so weit, daß es in allen seinen Schattierungen ein scharfes arbeitfeindliches Programm aufstellt. Die Frage der Koalition mit der Sozialdemokratie kommt für es augenblicklich überhaupt nicht in Betracht. Es arbeitet offen auf eine rein bürgerliche parlamentarische Mehrheit hin. Dabei ist es fest entschlossen, ohne den Parlamentarismus auszukommen, wenn der Parlamentarismus versagt.

Selbst der Vorwärts spricht vom sterbenden Bürgertum. Er

wirft ihm vor, daß es kein eigenes Programm mehr hat, daß es nur noch antisozialistisch sei. Er vermißt eine Verbrämung des reinen Profitstrebens durch eine schöngeistige Ideologie. Die Arbeitgemeinschaft mit dem Kapital läßt sich nicht mehr stützen durch Pazifismus und Völkerbundspolitik, durch Tarifvertrag und Schlichtungswesen. Die Bourgeoisie hält diese Harmonie-Rattenfängerkunststücke nicht nur nicht mehr für notwendig, sondern für völlig überlebt gegenüber einer aktiven imperialistischen Politik, zu der sie fest entschlossen ist. Die ihr durch den Versailleser Friedensvertrag gezogenen Grenzen sind ihr zu eng. Sie

Proletarier! Wahlbeteiligung bedeutet Preisgabe des Klassenkampfes! Der internationale Klassenkampf der Ausgebeuteten richtet sich gegen die kapitalistische Klasse und ihren Staat!

rade der Parlamentarismus ist die Grundlage für jede Korruption. Und auch der Arbeiter wird hiervon nicht verschont, weil er hier alle materiellen Vorteile genießt (Diäten usw.), die ihm seiner Klasse, seinem Mutterboden entfremden. Denn das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein der Menschen, d. h. sein wirtschaftliches Sein sein Denken und folgerichtig sein Handeln. Die Geschichte der KPD selbst bietet ein Beispiel dafür, daß es mit den Arbeitern die da aufsteigen in die Institutionen des Kapitals nicht weit her ist. So mußte selbst die „Rote Fahne“ vom 19. November 1929 schreiben, daß anlässlich der Stadtverordnetenwahlen 75 Prozent aller Gemeindeabgeordneten zurückgezogen werden mußten, weil sie mehr oder weniger korrupt waren. Und die KPD machte genau so wie die Scheidemann und Noske auch schon in Ministerialismus. Wir erinnern hier an die Episode der sächsischen Arbeiterregierung 1923. Der „revolutionäre“ Parlamentarismus brachte es fertig, daß die Brandler, und Böttcher in Gemeinschaft mit dem ehemaligen Maurer Heckert die Millionen bewilligten zur Abfindung des Sächsischen Königshauses. Alle Parlamentarier der KPD haben bewiesen, lediglich um ihre Positionen zu halten, daß sie zu jeder Gemeinheit fähig sind. Der Fall 1923 steht wahrhaftig nicht vereinzelt da. Um nur nicht zu straucheln, sind es gerade die ehemalige Arbeiter, die immer bei der jeweiligen „Linie“ bleiben. Der ehemalige Maurer Heckert ist dafür ein symbolisches Beispiel. Es gilt daher auch dieses an die primitivsten Instinkte appellieren der KPD. niedriger zu hängen. Es gehört genau so zum parlamentarischen Massenbetrug, wie die Lüge der Noskepartei, daß die 51 prozentige parlamentarische Mehrheit die Möglichkeit bietet den Sozialismus zu erringen. Das Klassenbewußte Proletariat bekennt sich nicht zuletzt zum Anti-Parlamentarismus, weil der Parlamentarismus die Grundlage der Korruption aller Elemente aus dem Lager der Arbeiterklasse ist. Und weil dies die Geschichte mit aller Deutlichkeit beweist, gilt es dies auch zum 14. September zu erkennen und damit den Wahlrummel zu sabotieren.

Parolenschuster und Luftakrobaten und die „Retter“ des Kommunismus.

Die Rechtsopposition der KPD unter Führung von Brandler, Thalheimer usw., stellt sich zur Aufgabe, die KPD zu erobern und damit den „Kommunismus“ zu retten. Bei den sächsischen Landtagswahlen bekamen die Leute trotz großzügiger Agitation kein Mandat. Um einer erneuten Pleite bei den kommenden Reichstagswahlen nach dieser Richtung hin aus dem Wege zu gehen, beschloß man, sich für die kommenden Wahlen für die Listen der offiziellen KPD, zu entscheiden. Die „Arbeiterpolitik“, das Organ der Brandler-Leute, bemühte sich, die Wahltaktik der KPD zu kritisieren und das in einem immerhin vernichtenden Sinne. So schreibt die „Arbeiterpolitik“:

„Die Führung der KPD, hat in keiner Weise verstanden, im letzten Reichstag ihre parlamentarische Arbeit mit dem außerparlamentarischen Kampf in Einklang zu bringen. Sie konnte dies nicht, weil sie keinerlei außerparlamentarische Bewegung zustande brachte. Während die Regierung Brüning in wochenlangen Verhandlungen unverhüllt die Diktatur mit Artikel 48 ankündigte, beschränkte sich die Partei auf parlamentarische Deklamationen und trieb gleichzeitig parlamentarischen Kuhhandel in der Amnestiefrage. Die Verabschiedung der Amnestie und der Amnestiebetrug sind ein klassisches Beispiel für den parlamentarischen Kretinismus der Führung der KPD. Der Kampf um die Amnestie wurde nicht in den breiten proletarischen Massen geführt, sondern beschränkte sich auf die Verhandlungen zwischen den parlamentarischen Parteien im Bierrestaurant des Reichstages.“

Je mehr der Einfluß der Partei in den Massen-Organisationen und Gewerkschaften abnimmt, desto lauter ertönt das hohle Pathos und die leere Prahlerei der Parteiführer im Wahlkampf.

Damit hat die „Arbeiterpolitik“ die Brücke gefunden zu den rednerischen Leistungen eines der größten Paraderpferde der KPD, des berichtigten Heinz Neumann, über die sie folgendermaßen urteilt:

„Zur Prahlerei gesellt sich in dieser Rede die Nazi-Phraseologie, die mit Klassenkampf und Marxismus so wenig zu tun hat, wie etwa politische Ueberzeugung mit dem Abenteuer Heinz Neumann. Diese Führung versucht den schwierigen, mühevollen Kampf um die Eroberung der politischen Macht zu ersetzen mit Versprechungen über das, was die KPD tun wird, wenn sie die Macht erobert hat. Mit solchen Tiraden lassen sich wohl Versammlungsreden ausfüllen, mit dem Kampf um die Macht hat das aber nichts zu tun. Die Parolenschusterei und Luftakrobatik der KPD-Führung im Wahlkampf zeigt aber auch, daß über die Maßenblüte der „Wendung“ längst wieder der Rauhreif des ultralinken Frostes gefallen ist.“

Für diese Kritik an der Taktik der KPD, für diese Selbstaufopferung, für die Tatsache, daß die Brandler u. Co. ihre Anhänger auffordern, ihre Stimme der KPD zu geben, antwortet die „Rote Fahne“ vom 17. 8. unter der Ueberschrift „Brandlerpack“ wie folgt:

„Das Sudelblättchen Brandlers in Leipzig versucht in üblicher Praxis durch ebenso blöde wie schmutzige Verleumdungen, der SPD ein wenig Wahlmaterial gegen die KPD zuzuschleusen. Die Schmierfinken des korrupten und kaum noch vegetierenden Brandlergrüppchens wagen, von Isolierung der Partei zu quaken und gießen ihre fettigen Schmutzkübel gegen führende Parteimitglieder aus. Und dann kommt das Bekenntnis des völligen Zusammenbruches in der Parole, anstatt Aufstellung eigener Listen für die Liste der KPD, im Wahlkampf zu stimmen.“

Damit sich niemand einer Illusion hingabe: Es ist nur eine Geldfrage. Die Geldgeber und Pelzhändler à la Edward Fuchs und Weyl-Frankfurt können ihnen infolge der schlechten Konjunktur nicht mehr so wie früher unter die Arme greifen. Deshalb die plötzliche „Liebe“ für Liste 4. Was die Brandler-Denunzianten nicht hindert, in Thüringen und Sachsen im Geheimen Anweisungen zur Wahl der SPD zu geben. Jeder ehrliche Arbeiter wird diesen Burschen, wo auch immer er sie trifft, ins Renegatengesicht spucken.“

Wenngleich die Brandleristen hier ganz richtig den politischen Bankrott der KPD aufgezeigt haben, so können diese „Retter des Kommunismus“ damit aber nicht von ihrem eigenen Bankrott ablenken. Höher kann die politische Verwahrlosung einer politischen Organisation oder Gruppe nicht gehen, die jeden Tag der anderen ihren Bankrott, Korruption (Fall Leow), aufzeigt, und trotzdem die Werbetrömmel zur Wahl für sie schlägt. Nach dieser Seite hin werden daher nicht zu Unrecht die Brandler u. Co. von den Thälmannern durch die Gasse geschleift. Dann soll nicht vergessen werden zu sagen, daß die Politik der „Eroberer“ der KPD, ebenso wenig etwas mit Kommunismus zu tun hat, wie die Politik der KPD. Denn der Unterschied bei beiden liegt nur in der Phrase. Der radikale Sozialdemokratismus zeichnet sie aus. An ihm werden sie beide krepieren. Beide treiben sie das Proletariat in die Arme des Reformismus, und verhindern somit die Lösung von demselben. Beide geben durch ihre pseudo-kommunistische Politik jeden Tag der Sozialdemokratie die Argumente zur Diskreditierung der kommunistischen Bewegung.

21 Monate Hermann Müller-Regierung und ihre „Erfolge“ für die Arbeiter

Die größte Skrupellosigkeit und Demagogie im jetzigen Wahlkampf offenbart unzweifelhaft die Sozialdemokratie. Ihre „Opposition“ gegen die Brüning-Regierung ist der Schleier, um die Massen der Arbeiter abzulenken von ihrer Praxis in 21 Monaten Koalitionspolitik. Sie besitzt die Frechheit zu farseln von einem Kampf gegen die „soziale Reaktion“, um den Lebensstandard der Arbeiterklasse gegen die Anschläge des Bürgertums zu verteidigen. Darum wäre es notwendig, am 14. September Liste 1, SPD, zu wählen. Sie schreckt nicht davor zurück, den Arbeitern zu sagen, daß ihre 21 Monate Regierungsherrlichkeit dazu angetan war, die Interessen des Proletariats wahrzunehmen. Wie das geschah, das wollen nicht unversucht lassen an Beispielen zu zeigen.

Zu den Reichstagswahlen 1928 gab die SPD ein Flugblatt heraus. Wir zitieren daraus:

„Wir brauchen kein neues Panzerschiff, das allein 80 Millionen kostet. — Wir brauchen keinen Reichswahretat, der so groß ist wie der Etat der alten kaiserlichen Armee; leicht können 200 Millionen gespart werden. Wir brauchen keine üppigen Pensionen, wir brauchen keine schwarze Reichswehr. Es muß endlich anders werden. Klar und deutlich steht fest, was das werktätige Volk braucht; gesetzliche Verankerung des Achtstundentages durch Beseitigung des reaktionären Arbeitszeit-Notgesetzes, Senkung der Lohnsteuer, Abbau der Preise durch Abbau der Zollschränken, Erhöhung der Unterstützungen für Sozial- und Kleinentner. Und im Zusammenhang damit war das Feldgeschrei: Statt Panzerkreuzer — für Kinderspeisung.“

Doch einige Wochen später bereits, als die SPD in Koalition machte, warf sie alle Wahlversprechungen über Bord. In der Kabinettsitzung vom 10. August 1928 hoben die vier sozialdemokratischen Minister den Panzerkreuzer A aus der Taufe. Der „Vorwärts“ machte allerdings trotz dieser Tatsache den Versuch davon abzulenken und erklärte, daß sie an ihrer Wahlparole festhalten. Aber in den entscheidenden Abstimmungen im Plenum des Reichstages fand das aus der Taufe gehobene Panzerkreuzer A seine Krönung. Wenngleich 40 Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fehlten, teils ohne jeden Grund, teils krank gemeldet oder offiziell beurlaubt, nahmen die vier Minister, Müller, Wissell, Severing und Hilferding ihre Abgeordnetenplätze ein, und stimmten ausdrücklich für die Bewilligung der angeforderten Millionen zum Bau des neuen Schiffes, also des Panzerkreuzers A.

Die Doppelzüngigkeit der KPD, seit dem Beginn ihrer Parlamentstätigkeit wird von Stufe zu Stufe bis zur jämmerlichen Konkurrenz der Noske-Sozialdemokratie jedem Arbeiter klar und offen dargelegt in der Broschüre:

Die KPD, im eigenen Spiegel

176 Seiten. — Broschiert 0,75 Mk., gebunden 1,75 Mk.

Zu beziehen durch den Verlag

Buchhandlung für Arbeiterliteratur,
Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Was die Frage der Finanz- und Steuerpolitik anbetrifft, so machte auch hier die SPD gegenüber dem Proletariat ein großes Lamento über die Arbeit des damals vorausgegangenen Bürgerblocks in dieser Frage. Und eine Aenderung könne nur eintreten, wenn die SPD, gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht. Jedoch die Finanz- und Steuerpolitik der Müller-Regierung zerriß alle Wahlversprechungen. Den besten Ueberblick über die Steuerpolitik der Müller-Regierung erhält man beim Vergleich des Bürgerblocketats von 1928 und des Müller-Etats für 1930. Wir verzeichnen da:

Einnahme	Bürgerblock- etat 1928	Müller- Etat 1930	Erhöhung um
Lohnsteuer	1300	1455	155
Umsatzsteuer	1050	1050	—
Beförderungssteuer	340	380	40
Zölle	1050	1315	265
Tabaksteuer	760	1109	439
Zuckersteuer	140	171	31
Biersteuer	370	640	270
Brantweinabgabe	270	295	25
Mineralwassersteuer	—	40	40
Kleine Massensteuern	149	219	70

Die Massensteuern wurden also in der Periode der Koalitionsregierung um 1245 Millionen erhöht; aber da die meisten dieser Steuern vom Kapital nicht in einfacher, sondern in mehrfacher Höhe auf die Massen abgewälzt wurden, ist die tatsächliche Mehrbelastung der Massen durch die Steuern etwa 2½ Milliarden. So übertrafen an Massenausplünderung die Müller und Genossen den vorausgegangenen sogenannten Bürgerblock bei weitem.

Den Vogel schoß man jedoch ab in der Sozialpolitik. Wir zitieren wieder aus einem sozialdemokratischen Flugblatt zu den Wahlen 1928:

„Die Bilanz von vier Jahren! Was die breite Masse erhielt! Fortgesetzte Teuerung der Lebenshaltung, verursacht vor allem durch die Erhöhung von Melzzoll, Brotzoll und Fleischozoll. Die Hilfe für die Erwerbslosen blieb unzureichend. Die Wiedereinführung des Achtstundentages wurde verhindert, dagegen der Neun- und Zehnstundentag gesetzlich festgelegt. Quittiert mit dem sozialdemokratischen Rotstift.“ Im Jahre 1923 erklärte der Reichspräsident Löbe (SPD.):

„Der Achtstundentag ist aufzuheben, wenn die Mehrarbeit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung (?) liegt.“

Und am 6. Dezember 1923 stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in namentlicher Abstimmung einem Ermächtigungsgesetz zu, wonach die letzten Schranken, die gegen eine allgemeine Beseitigung des Achtstundentages noch vorhanden waren, beseitigt wurden. Auf Grund dieses Gesetzes wurde am 21. Dezember 1923 die Verordnung erlassen, wonach die Verlängerung der Arbeitszeit durch Tarifvertrag ohne jede Beschränkung gestattet war. Von dem sozialdemokratischen Schlichter Mehlich wurde für den rheinischen Braunkohlenbergbau, die nordwestliche Eisen- und Stahlindustrie, die Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt. Und um nun den Millionen, die damals mit dem sozialdemokratischen „Rotstift“ quittiert hatten, blauen Dunst vorzumachen, erklärte Hermann Müller beim Regierungsantritt:

„Die Reichsregierung beabsichtigt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und wird in den internationalen Verhandlungen an der Beseitigung der hinsichtlich der Revision dieses Abkommens zur Zeit bestehenden Ungeheuerlichkeit und der seiner allgemeinen Ratifizierung entgegenstehenden Hindernisse mit allen Kräften mitarbeiten. Sie wird den bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes dem Reichstag alsbald vorlegen, ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf eines Bergarbeitergesetzes. Die in diesen Gesetzen enthaltene Regelung der Arbeitszeit beruht auf der Grundlage des Achtstundentages, vermeidet wirtschaftliche Unmöglichkeiten und soziale Ungerechtigkeiten und entspricht dem Washingtoner Abkommen.“

21 Monate regierten die Müller und Co. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bleibt noch offen. Im Gegenteil, wie im Jahre 1923, war es diesmal der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell, der in ungezählten Fällen Arbeitszeitschiedssprüche, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 60 Stunden brachten, für verbindlich erklärte. Aber selbst das von Müller angepriesene Arbeitsschutzgesetz mußte vom Bundesausschuß des ADGB, als reaktionär bezeichnet werden. Hören wir:

„Der Bundesausschuß des ADGB, stellt fest, daß der von der Regierung vorgelegte Entwurf zu einem Arbeitsschutzgesetz in keinem Teil den berechtigten Forderungen der deutschen Arbeiter entspricht. Sein Hauptstück, die Arbeitszeitregelung, ist ein Hohn auf den Achtstundentag.“

Diese Feststellung des ADGB, in das Deutsche übersetzt, heißt, daß das Arbeitsschutzgesetz den neun-, zehn- und zwölfstündigen Arbeitstag zulassen kann. Das also war die Tätigkeit für den Achtstundentag, die Quittung mit dem sozialdemokratischen Rotstift.

Wissell preist die Schlichtungspeitsche.

Im Sozialpolitischen Ausschuß wurde am 10. Juli 1928 ein Antrag der „kommunistischen“ Fraktion behandelt betreffs Aufhebung der Schlichtungsordnung. Wissell erklärte:

„Die Arbeitnehmerverbände haben einmütig die Aufrechterhaltung des geltenden Rechts verlangt. Die Arbeitgeberverbände haben zwar keine konkreten Vorschläge gemacht, wohl aber Aenderungsvorschläge insbesondere hinsichtlich der Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung in Aussicht gestellt.“

Und an anderer Stelle:

„Ich halte eine Abänderung dieser Verordnung (Schlichtungswesen) weder für erforderlich noch auch für wünschenswert.“

Wissell erntete dafür den Beifall des Volksparteilers Moldenhauer. Er führte aus:

„Meine Freunde legen Wert darauf, auch hier zu erklären, daß wir weder Feinde des Schlichtungswesens noch Feinde der Gewerkschaftsbewegung sind.“

Damit demonstrierte Moldenhauer mit aller Deutlichkeit den „Wert“ des Schlichtungswesens und der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse und gleichzeitig die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Wissell, Müller, Severing und Hilferding.

Abbau der Arbeitslosenversicherung.

Vor der Wahl 1928 las man in einem Wahlauftrag der SPD: „Die Herrschaft der Reaktion bedeutet Gefährdung der Sozialpolitik.“ Die Bourgeoisie begrüßte das Verlangen der Gewerkschaften und SPD, nach der Arbeitslosenversicherung gegenüber der Fürsorge. Der „Vorwärts“ selbst pries diesen „Fortschritt“ im April 1926 folgendermaßen an:

„Der Uebergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt (?), weil er reinere und klarere Verhältnisse in der Unterstützung schafft und die gelegentlich in Ost- und Süddeutschland vorgekommenen Lohnüberschreitungen beseitigt.“

Die erbärmlichen Hundelöhne in den großagrarischen Gebieten wurden vom „Vorwärts“ nicht kritisiert, aber betont und gefordert, daß die Erwerbslosenunterstützung noch unter diesen Löhnen liegen soll, damit nur die Landarbeiter willfährige Ausbeutungsobjekte um jeden Preis bleiben sollen. Der Staat spart an Zuschüssen durch dieses Gesetz, da ja die Arbeiter vom Lohn selbst einen Teil besteuern müssen. Während im Etat 1927 noch 528 Millionen Mark für die Arbeitslosenfürsorge eingesetzt wurden, wurde der Betrag nach Annahme des Gesetzes auf 125 Millionen herabgesetzt. Für den Koalitionsminister Wissell kam es darauf an, „Mißstände“ in der Versicherung auszumeren. Diese sahen so aus:

„Verlängerung der Sperrfrist bis auf 8 Wochen. Anwartschaft wird beim erstmaligen Bezug der Unterstützung auf 52 Wochen ausgedehnt. Für spätere Unterstützungen muß

